

an der parlamentarischen Arbeit mache sich das bemerkbar. Diese Beobachtungen treffen zweifellos zu. Die krisenhaften Symptome des zeitgenössischen Parlamentarismus, die sich allenthalben registrieren lassen, können allerdings nicht nur auf historische und psychologische Besonderheiten zurückgeführt werden, wie Loewenberg es vornimmt.

Hierin liegt eine methodische Schwäche des Buches, da eine den engen Bereich der Institutionen übersteigende gesellschaftliche Dimension fehlt, wie sie z. B. in dem Aufsatz von Otto Kirchheimer über die Opposition in der Bundesrepublik für diesen Bereich des Parlamentes aufgezeigt wurde.

Loewenbergs Buch über den Deutschen Bundestag stellt eine umfangreiche und gut aufbereitete Material- und Datensammlung über das Bonner Parlament dar. Hierin liegt der besondere Wert der Studie.

Kurt Schmitz

Rolf Ebbighausen, Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, eine Studie über Moisei Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung, Verlag Duncker & Humblot, Berlin/München 1969, 89 S., 18,60 DM.

Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, 111 S.

Heiner Flohr, Parteienprogramme in der Demokratie, ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik (= Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 4), Verlag Schwartz, Göttingen 1968, IX, 219 S., 39,50 DM.

*Ebbighausens* Buch ist umständlich geschrieben. Immer wieder stößt man auf Sätze von unnötiger und daher nur schwer erträglicher Verschachtelung. Zuweilen hat es den Anschein, als sei sich der Autor seiner Sache nicht sicher. Alle paar Seiten läßt die Vokabel »quasi« die in der Mehrzahl der Fälle mögliche Klarheit der Aussage verschwimmen.

Das alles wirkt störend, hindert den Autor jedoch nicht, folgende These überzeugend zu begründen: Durch Ostrogorski und Michels wurde die Parteiensoziologie als Krisendiagnose begründet. Dabei orientierten sich beide »Klassiker« an einem idealen Demokratie-Modell, der eine – nach rückwärts blickend – an einem liberal-parlamentarischen, der andere – vorwärts schauend – an einem radikal-demokratischen. Mit Max Weber kündigte sich ein verändertes Forschungsinteresse an, dem dann insbesondere die anglo-amerikanische Parteienforschung nachging. Sie konzentrierte sich auf die Deskription der Parteienwirklichkeit, nahm diese als Faktum hin und führte zu einer »elitist theory of democracy«. In den Mittelpunkt rückte die Frage nach den Funktionsbedingungen stabiler Parteiendemokratie. Der noch bei Ostrogorski und Michels vorhandene kritische Impuls erlahmte weitgehend.

Ebbighausen bedauert und kritisiert diese Entwicklung, gelangt jedoch nicht über die bloße Forderung hinaus, die Effizienz- und Stabilitätsanalyse mit der Untersuchung von Möglichkeiten der Demokratisierung zu verbinden. Daran ändert auch sein Versuch nichts, die nach der Fertigstellung seiner Arbeit erschienene Studie *Nascholds* ins Schlußkapitel seiner Arbeit einzubringen. Ehrlicher wäre das Eingeständnis gewesen, daß Naschold in organisationssoziologischer Sicht zur theoretischen und zu einem kleinen Teil auch empirischen Klärung eben jenes Problems der Verbindung von Effizienzanalyse und demokratisierender Strategie beiträgt, das bei Ebbighausen offenbleibt.

Naschold trifft sich zunächst mit Ebbighausen in der Ablehnung elitärer Demokratie-Auffassungen. Seine scharfsinnige und prägnant formulierte Kritik, insbesondere am Konzept der repräsentativen Demokratie und am Konzept des Parteienwettbe-

werbs, reicht indessen tiefer. Er verweist auf deutliche Mängel sowohl der theoretischen Begründung als auch der empirischen Überprüfung dieser beiden wichtigsten elitären Konzepte. Gleichzeitig kann Naschold zeigen, daß mit dem Gegenkonzept der klassischen Demokratie keinesfalls notwendig eine Verminderung organisatorischer Effizienz verbunden sein muß, wie im Lager der Elitetheoretiker behauptet wird. Der Autor hält es deshalb für richtig, an der klassischen Demokratie-Auffassung festzuhalten.

Unumgänglich erscheint ihm freilich – und hier geht er weit über Ebbighausen hinaus – eine Erweiterung ihres theoretischen Instrumentariums. Die Konzepte der direkten organisationsinternen Demokratie, des Rätessystems, der organisationsinternen Öffentlichkeit und des demokratischen Zentralismus reichen in den Augen Nascholds allesamt nicht aus, die komplizierten Strukturen komplexer Organisationen – der Autor bezieht sich hauptsächlich auf Parteien und Verbände – zu erfassen. Durch die Verwendung neuerer Organisations- und Steuerungstheorien versucht er diesen Schwächen abzuweichen. Er kann in einer »strategischen Analyse« zeigen, daß eine Erweiterung der innerorganisatorischen Beteiligung an wichtigen Entscheidungen (Entscheidungen = Prozesse der Informationsverarbeitung) unter bestimmten Bedingungen möglich erscheint. Dabei untersucht der Autor das Demokratisierungspotential bei Routine- und Zweckentscheidungen, bei Innovationsentscheidungen und bei Krisenentscheidungen einerseits, das Demokratisierungspotential bei der Verschachtelung von Programmen und im Falle von Machtzuwachs- bzw. von Konfliktverlagerungsstrategien andererseits.

Naschold ist sich bewußt, daß er auf hohem Abstraktionsniveau diskutiert und es ihm vorerst nur gelungen ist, eine Reihe theoretisch unzulänglicher Demokratie-Konzepte zu durchstoßen. Des Autors eigene Konzepte bedürfen noch umfassender Konkretisierung und sorgfältiger Ausrichtung auf einzelne Organisationstypen.

Ebenso wie Ebbighausen und Naschold geht es Flohr um einen Beitrag zur Demokratie-Forschung. Der Gegenstand seiner Untersuchung ist freilich umfassender. Während sich die beiden Erstgenannten vorrangig mit der Innenwelt politischer Subsysteme beschäftigen, wendet sich der Letztgenannte dem politischen Gesamtsystem, speziell dem System der Bundesrepublik zu. Ein weiterer Unterschied zu Ebbighausen und Naschold liegt in der methodischen Ausgangsposition Flohrs. Unter dem deutlichen Einfluß von Autoren wie J. Schumpeter und A. Downs versteht er politische Theorie als Aufgabe, Leitvorstellungen zu entwickeln, die sich als Orientierungslinien einer rationaleren Politik eignen.

In diesem Sinne entwickelt er ein Modell des Verhältnisses zwischen Parteien und Wählerschaft. In ihm bieten Parteien, um Regierungsmacht bemüht, rational durchgegliederte Programme an, die der Wählerschaft eine rationale Wahl zwischen verschiedenen programmatischen Angeboten ermöglichen. Im Bemühen um eine Annäherung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit an dieses Modell (im 1. Kapitel werden »Prämissen« und »Folgerungen« im einzelnen analysiert) behandelt Flohr sehr formal die »Konstitutiven Eigenschaften rationaler Programme« (2. Kapitel), fragt er nach der modellgerechten Gestalt von Parteien und Parteiensystemen (das 3. Kapitel enthält ein Plädoyer zugunsten des Zweiparteiensystems) sowie nach der dem »kritischen Wähler« abverlangten Rationalität.

Der Autor wünscht sich Rezensenten, die bereit sind, auf dem Boden seines Konzepts zu argumentieren. (Vgl. S. 2.) Wer sich dazu bereit findet und grundsätzliche Bedenken sowie Einwände gegen Konzepte rationaler Politik zurückstellt, wird insbesondere folgende kritische Anmerkung machen müssen: Es hätte auch auf der von Flohr gewählten Abstraktionsebene möglich sein müssen, an konkreten Beispielen zu

zeigen, in welchen Punkten sich Programme rationaler und durchsichtiger gestalten lassen und in welchen Bereichen sie zu größerer Realistik und Detailliertheit verdichtet werden können.

Klaus Günther